



Kommunen in Dänemark

(Karen Solveig-Petersen, übersetzt und -arbeitet: Kai Beutler) 01.04.2026

Inhalt

Gebietskörperschaften in Dänemark	1
Aufgaben der Kommunen in Dänemark	2
Steuersystem in Dänemark	4
Vertrauen in die Politik in Dänemark	12
Quellenverzeichnis	13
Weitere Begleittexte UmSteuern Kommunal	14

Es geht ja im Buch ‚Starke Kommunen‘ um das kommunale Steuermodell in Deutschland. Warum soll man da in andere Länder gucken, und wenn, in welches? Wir haben unseren nördlichen Nachbarn ausgewählt: Dänemark ist ebenfalls 3-gliedrig organisiert: 1 Zentralregierung – 5 Regionen, 98 Kommunen. Das Beispiel Dänemark zeigt, dass man mit bürgernäherer Aufgabenverteilung eine bessere Versorgung und eine höhere Akzeptanz der Bürger:innen für ‚den Staat‘ erreichen kann. Warum sollte uns das nicht also auch hierzulande gelingen? Der kommunale Anteil an den Steuern ist in Dänemark also wesentlich höher als in Deutschland – 35% zu 16%. Dänemark soll aber nicht als Vorbild behandelt werden – auch dort gibt es viel Kritik: Wir können aber aus den dänischen Erfahrungen lernen: Was funktioniert?

Gebietskörperschaften in Dänemark

Gemäß der Strukturreform von 2007 ist Dänemark in 98 Gemeinden und 5 Regionen unterteilt -neben den beiden Regionen mit Sonderstatus Grönland und den Färöer-Inseln. Die fünf Regionen sind: Hauptstadt Kopenhagen, Seeland Süd (bestehend aus Fünen und Südjütland), Nordjütland und Mitteljütland. Die Regionen Hauptstadt und Seeland werden zum 1. Januar 2027 zu einer Region Ostdänemark zusammengelegt. Mitte 2025 erreichte die Einwohnerzahl 6 Millionen.

Das Konzept hinter dem dänischen Kommunalverwaltungssystem folgt dem Gedanken der Dezentralisierung mit staatlichen Leitplanken. Demokratisch gewählte Gemeinderäte leiten die Verwaltung der kommunalen Dienstleistungen, der lokalen Infrastruktur und der Finanzen. Aber ihre Ausgaben und ihr Handlungsspielraum sind durch nationale Gesetze und

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Finanzierungsbeschränkungen begrenzt und eingeschränkt. In vielerlei Hinsicht führen die Gemeinden die Dienstleistungen eigenständig aus, die die Bürger von der Regierung bzw. dem Staat erwarten können. Daher befasst sich die Zentralregierung grundsätzlich nicht mit den Funktionen, die als „bürgernahe Dienstleistungen“ (borgernære serviceopgaver) bezeichnet werden. Zu den staatlichen Funktionen, die nicht von den Gemeinden wahrgenommen werden, gehören insbesondere das Militär, die Polizei, die Hochschulbildung einschließlich der Gymnasien und die Justiz. Versorgungsunternehmen verfügen in der Regel über eigene Strukturen, unabhängig davon, ob sie in staatlicher, kommunaler oder privater Hand sind. Allerdings haben sie nicht die Bedeutung wie in Deutschland - siehe Artikel (06) Köln.

Der Trend von der staatlichen Dekonzentration (staatliche Institutionen auf lokaler Ebene) zur Dezentralisierung (lokale Autonomie) hat sich im Laufe der Zeit entwickelt. Die Aufgaben der staatlichen Behörden im Land wurden nach und nach auf demokratisch gewählte lokale Gremien übertragen. Als letzter Schritt wurden die ehemaligen 14 Kreise, die eine doppelte Existenz als kommunale und staatliche Kreise hatten, durch die Strukturreform (tatsächlich eine Kommunalreform) von 2007 abgeschafft. Die fünf Regionen haben keine Steuerveranlagungs- und -erhebungsbefugnis, sondern leben von staatlichen Zuwendungen, die auf ihre zugewiesenen Aufgaben zugeschnitten sind. Sie werden von Räten regiert, die alle vier Jahre im November gleichzeitig mit den kommunalen Gremien gewählt werden. Die letzten Wahlen fanden im November 2025 statt. Die Regionalwahlen auf Seeland und den Inseln Lolland und Falster waren bereits eine Abstimmung für die künftige Region Ostdänemark.

Vor 2007 hatte Dänemark 275 Gemeinden.

Aufgaben der Kommunen in Dänemark

Es gibt mehrere kommunale Aufgaben-Bereiche, die über das Spektrum in Deutschland hinausgehen:

1. Kindertagesstätten und Kindergärten,
2. öffentliche Schulen bis zur 9./10. Klasse (keine Gymnasien, bzw. Sekundarstufe) inkl. Investitionen und Lehrer:innen sowie Angebote für Senioren. Lehrer:innen werden also von den Gemeinden bezahlt - gemäß den allgemeinen Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und Local Government Denmark (KL), dem Gemeindeverband.

Aktuelle Probleme betreffen das Lehrer-Kind-Verhältnis in Kindertagesstätten und Kindergärten. Obwohl die Regierung bessere Normen vorgeschrieben hat, werden diese von den Kommunen umgangen, indem sie zu wenige Fachkräfte im Verhältnis zu Hilfskräften beschäftigen, krankgeschriebene Mitarbeiter:innen als aktiv zählen usw. Die Regierung hat den Kommunen einen zusätzlichen Zuschuss für eine bessere Betreuung gewährt, aber das Problem ist die Schwierigkeit, ausgebildetes Personal zu finden. 15 Kommunen verstoßen

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

derzeit gegen die Normen. Die Regierung stellt dafür in den Jahren 2024-2030 jährlich 196 Millionen DKK zur Verfügung.

3. Sozialhilfe und Bewertung von Transfergeldern (kontanthjælp) für nicht versicherte Arbeitslose und andere Personen außerhalb des Arbeitsmarktes, einschließlich versicherter Arbeitsloser, die ihre Arbeitslosenunterstützung ausgeschöpft haben;
4. Arbeitsvermittlung, Krankengeld, Invaliditätsrenten, persönliche Zulagen, Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen, Erwachsene mit besonderen Bedürfnissen, Angebote für Ausländer, Revalidierung (Rehabilitation). Dazu kommen Beiträge zu bestimmten Arten von Renten.
5. öffentliche Gesundheit, insbesondere die „Hausarzt-Leistungen in kommunalen Ärztehäusern. Die Ärzte kommen aus unterschiedlichen Fachrichtungen und sind bei der Stadt angestellt.
6. Rehabilitation und Prävention.
7. Pflegeheime und die Bewertung von Pflegeheimen für ältere Menschen.
8. Sozialrenten. Der Anspruch auf „vorzeitige“ Rente (Invaliditätsrente oder Verfrühte Pension – für Behinderte) wird von den Kommunen bewertet, ebenso wie die Seniorenrente (für Menschen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit bis zu 6 Jahre vor Erreichen des Rentenalters und mit einer Mindestanzahl an Arbeitsjahren). „Udbetaling Danmark“ (Auszahlung Dänemark), eine zentrale Behörde, ist für die tatsächlichen Auszahlungen zuständig, und der Zentralstaat übernimmt einen Teil der Renten und zahlt eine Verwaltungsgebühr an die Gemeinden. Die vorzeitige Rente, die Seniorenrente und die Zulagen kosten die Kommunen im Jahr 2024 rund 40 Milliarden DKK, also gut 8 Mrd. €. Die vorzeitige Rente steht allen Personen drei Jahre vor Erreichen des Rentenalters zu, unabhängig vom Grund, vorausgesetzt, der/die Antragsteller:in hat 42 Jahre lang gearbeitet. Sie wird vom Zentralstaat getragen und ist weniger großzügig als die Seniorenrente.
9. Die Kommunen haben durch „lokale Pläne“ ein großes Mitspracherecht bei der Planung der physischen und bebauten Umwelt sowie bei der Bewirtschaftung und Erhaltung der Umwelt und der Natur im Allgemeinen. Sie sind stark in die Energieplanung und die Genehmigung von Onshore-Windkraftanlagen und Solarzellenparks involviert. Die Mittel für diese Bereiche sind begrenzt und fließen nicht in die Ausgleichsberechnungen ein.
10. Früher hatten lokale Gebietskörperschaften Zugang zu Umweltabgaben auf Wasser und Abwasser, aber dies wurde unter anderem deshalb eingestellt, weil die Gemeinden im Verdacht standen, überhöhte Gebühren zu erheben und Mittel für andere Zwecke zu verwenden. Jetzt sind die Versorgungsunternehmen selbst für die Reinigung zuständig. Natürlich gibt es dabei viele Grauzonen.

Weitere Aufgaben- bzw. Ausgabenbereiche (wie in Deutschland): Freizeit, Bibliotheken und Kultur; Straßen und Nahverkehr; Rettungsdienste; Verwaltung; Natur- und Umweltschutz. Die Abfallwirtschaft ist eine kommunale Aufgabe, die oft von Unternehmen organisiert wird, die mehrere Gemeinden abdecken. Die

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Gemeinden spielen eine wichtige Rolle im Nahverkehr sowie in der Straßen- und Verkehrsplanung und -verwaltung.

Verteilung
von den 425
Mrd. in
laufenden
Ausgaben 2024

- 58% auf Sozialaufgaben
- 18% Unterricht und Kultur
- 11% Verwaltung
- 8% Gesundheit
- 5% Rest

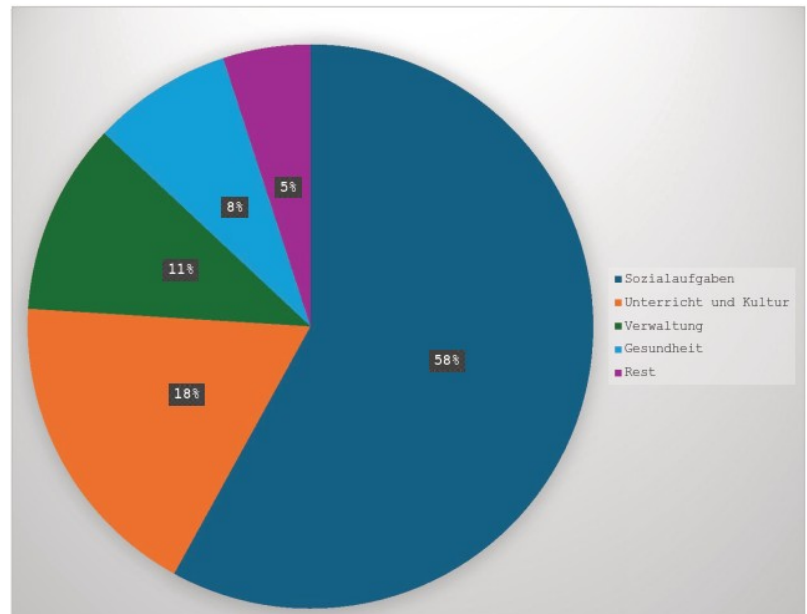


Abb. 08.1: Kommunale Ausgaben Dänemark 2024 (I/27/), Angaben in DKK, 7,5 DKK = 1€

Steuersystem in Dänemark

Es gibt einige wesentliche Unterschiede in Dänemark zum deutschen System:

- Während hierzulande bei Investitionen überwiegend eine Kofinanzierung des Projektes durch Bund, Länder und/oder EU erfolgen, können die dänischen Kommunen weitgehend selbstständig über ihre Investitionsmittel verfügen
- Die Hauptsteuer ist die Einkommenssteuer in Dänemark, in Deutschland die Gewerbesteuer. Die dänischen Kommunen können den Einkommensteuersatz je nach Finanzbedarf festlegen, in der Praxis zwischen ca. 26 und 29%.
- Der kommunale Anteil am gesamten Steueraufkommen liegt in Dänemark bei 35%, in Deutschland bei 15-16%.

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

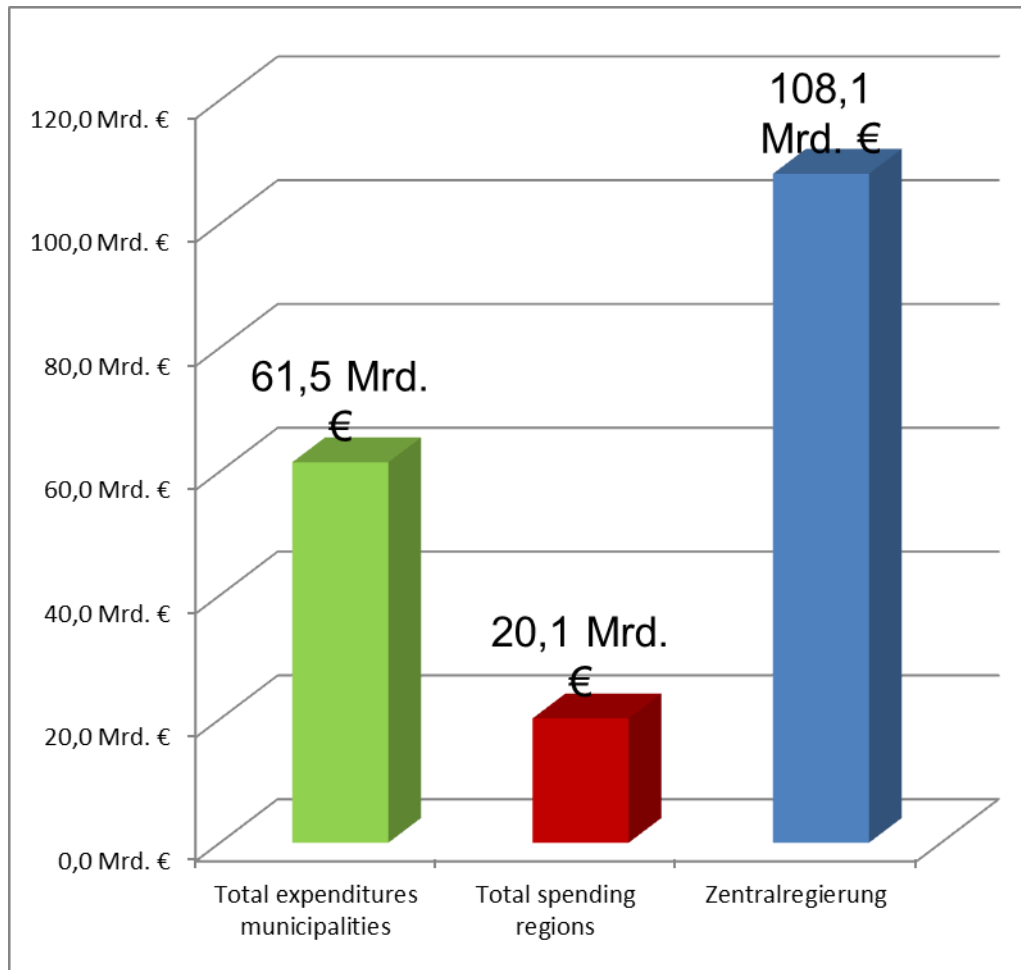


Abb. 08.2 Staatsausgaben in Dänemark 2025 in €

Steuern Gebietskörperschaften DK 2025

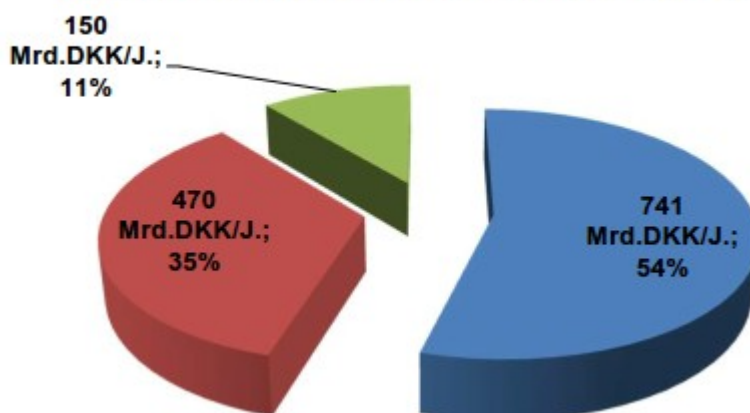


Abbildung 08.3: Anteil der Gebietskörperschaften am Steueraufkommen in Dänemark 2024 /27/

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

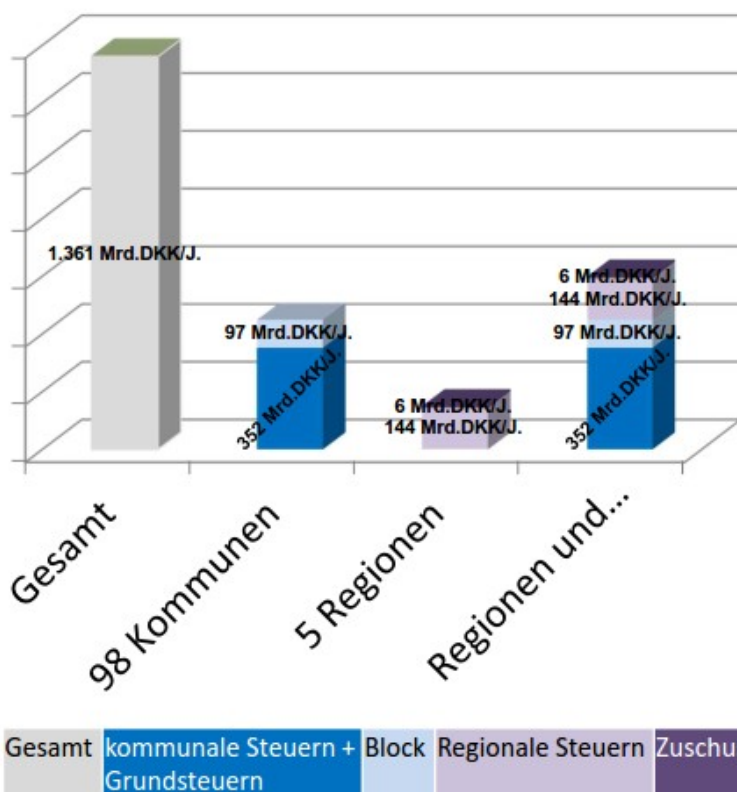


Abbildung 08.4: Höhe der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in Dänemark 2024 /27/

Anmerkung: Wechselkurs 1€ = 7,5 DKK. 0,13 € = 1 €

Das dänische Haushaltsgesetz stammt aus dem Jahr 2012. Es soll eine Haushaltsdisziplin durchsetzen, damit das strukturelle Gesamtdefizit der öffentlichen Hand 1 % des BIP nicht übersteigt. Die Kommunen erhalten eine Obergrenze für ihre Dienstleistungsausgaben, die für die folgenden vier Jahre festgelegt oder geschätzt wird und 2025 bei 324,3 Mrd. DKK liegt. Dies liegt unter ihren veranschlagten Betriebsausgaben, da beispielsweise Arbeitsmarktmaßnahmen und verschiedene Renten nicht in der Obergrenze enthalten sind. Und sie liegt auch unter den tatsächlich erzielten kommunalen Einkommenssteuern. Insgesamt wurden die öffentlichen Dienstleistungsausgaben für 2025 auf 1.080 Mrd. DKK begrenzt, verglichen mit den in Tabelle 08.6 für 2025 in der Summe veranschlagten 1.163 Mrd. DKK für Konsum und Transferzahlungen. Selbst wenn die Kommunen über verfügbare Mittel verfügen, dürfen sie diese nicht verwenden, wenn sie dadurch die Obergrenze überschreiten würden. Dieses Gesetz hat dazu geführt, dass die Kommunen häufig zu niedrige Budgets veranschlagen. Wenn die Dienstleistungsbudgets der Kommunen unterschritten werden, wird der Globalzuschuss im folgenden Jahr entsprechend gekürzt, und zwar um 40 % für alle gleichermaßen und um 60 % je nach den individuellen Umständen.

Auch Investitionen unterliegen einer kollektiven kommunalen Obergrenze. Für die Jahre 2023 bis 2025 lag sie bei rund 20 Mrd. DKK, aber die Kommunen schätzten den Bedarf für 2026 auf 26,6 Mrd. DKK. Sie sind umso frustrierter über die

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Obergrenze, als einige von ihnen über verfügbare Mittel für Bau- und Renovierungsmaßnahmen verfügen, die sie nun nicht ausgeben dürfen. Die verabschiedete Obergrenze für 2026 liegt bei 22,3 Mrd. DKK, ohne Wohnraum für ältere Menschen.

Im Jahr 2024 beliefen sich die öffentlichen Einnahmen (staatlich und kommunal) auf insgesamt 1.479,3 Mrd. DKK, während sich die öffentlichen Ausgaben auf insgesamt 1.346,1 Mrd. DKK beliefen, was einen komfortablen Überschuss von 133,2 Mrd. DKK ergab. Für 2025 werden Einnahmen in Höhe von 1.507,4 Mrd. DKK und Ausgaben in Höhe von 1.458,7 Mrd. DKK erwartet. Die Steuereinnahmen beliefen sich 2024 auf 1.330,1 Mrd. DKK und werden für 2025 auf 1.361,2 Mrd. DKK geschätzt. Das BIP betrug 2024 2.960,9 Mrd. DKK und wird für 2025 auf 3.108,6 Mrd. DKK prognostiziert, siehe Details in Tabelle 1 unten.

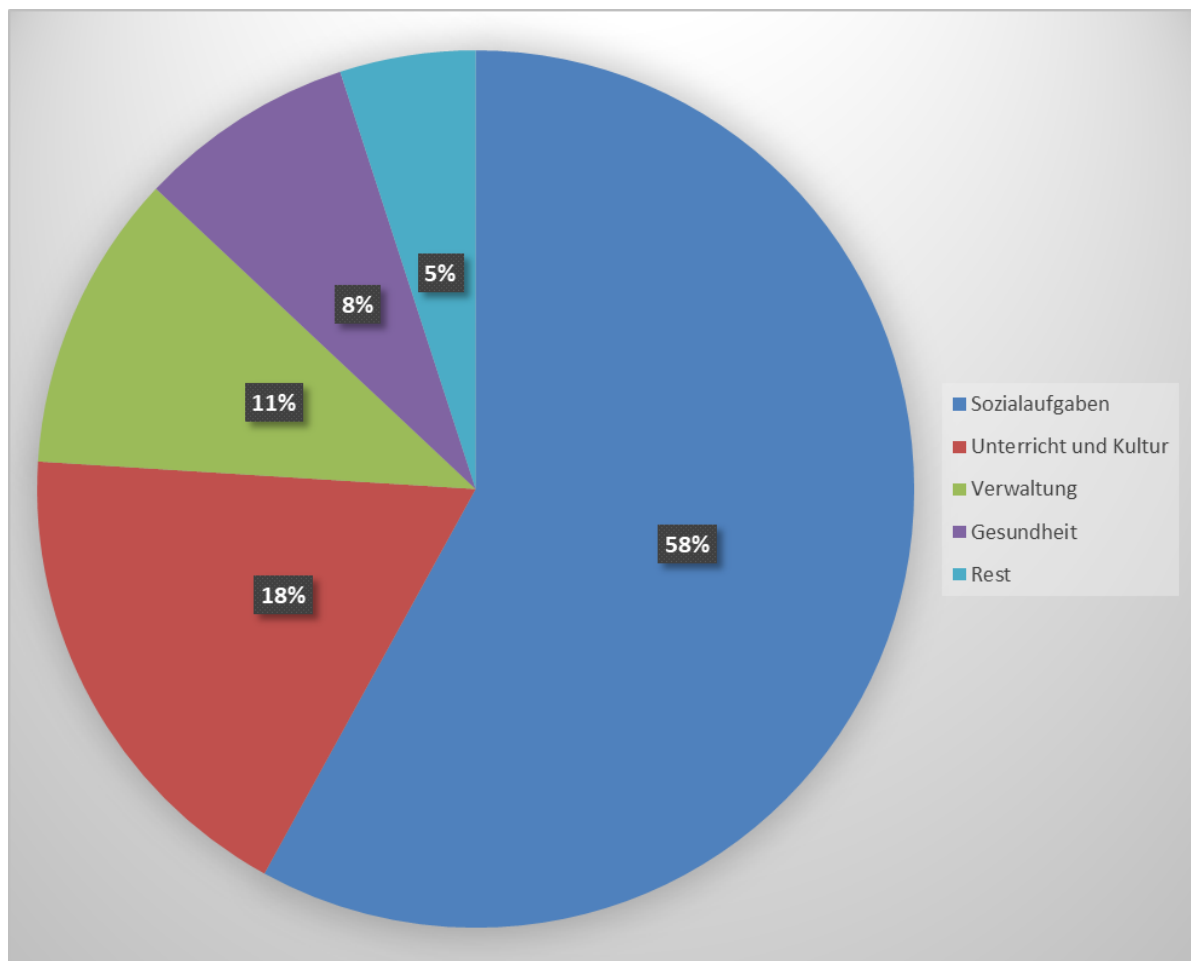


Abb. 08.5: Kommunale Ausgaben Dänemark 2024 (/27/), Angaben in %

Table 08.6: Public sector consolidated revenues and expenditures 2024 – 2025 (DKK bn)

Ersetzen, auf deutsch und in €

Public sector revenues and expenditures	2024	2025
<u>Revenue</u>		

<i>Indirect taxes</i>	397.0	419.5
- Of this property taxes a)	26.7	27.7
<i>Direct taxes</i>	918.0	930.5
- Of this state taxes (bottom and top taxes)	208.4	219.2
- Of this municipal tax	316.9	327.6
- Of this company tax	122.7	128.9
- Of this property value tax	14.4	13.8
- Of this labour market contribution	128.4	135.7
<i>Other taxes</i>	15.1	11.1
Total taxes	1330.1	1361.1
Other revenue b)	149.2	146.3
<u>Total revenue</u>	<u>1479.3</u>	<u>1507.4</u>
<u>Expenditures</u>		
Consumption/services	668.2	725.7
Transfer payments (pensions etc.)	418.1	437.3
- Of this cash transfers	30.7	32.0
- Of this 'accelerated' pension	54.4	57.4
- Of this other (mostly early and senior pension)	41.5	42.6
Investments	93.1	121.8
Interest payments	21.7	21.3
Subsidies	36.7	41.4
Other expenditures c)	108.2	111.2
<u>Total expenditures</u>	<u>1346.1</u>	<u>1458.7</u>
Surplus	133.2	48.7

Quelle: /28/ Ministry of Economic Affairs, *Økonomisk redegørelse* (Economic Survey), May 2025.

a) Approximately 87% of this is ground rent.¹

b) Among others revenue from the North Sea, capital interests etc.

c) Development aid, transfers to Greenland and the Faroe Islands, contribution to the EU budget etc.

Die Steuern des öffentlichen Sektors sind Einkommenssteuern (einschließlich Kommunalsteuern), Beiträge zu Sozialversicherungen („Ordnungen“), sonstige Arbeitsmarktbeiträge, Vermögens- und Grundsteuern, Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer)/Abgaben) und Produktionssteuern.

Die Bemessung der direkten Steuern erfolgt wie folgt: Zunächst zahlen Arbeitnehmer:innen und Unternehmer einen Arbeitsmarktbeitrag in Höhe von 8 % des Bruttoeinkommens zur Finanzierung verschiedener sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die sogenannte „Bottom Tax“ beträgt 12,01 %

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

des steuerpflichtigen Einkommens (= Bruttoeinkommen abzüglich Freibeträge) zuzüglich Kapitaleinkünften. Die Gemeindesteuer ist der Steuersatz, der in der Wohnsitzgemeinde nur auf das steuerpflichtige Einkommen erhoben wird. Es wird ein persönlicher Freibetrag von rund 50.000 DKK gewährt, sodass 12,01 % zuzüglich des Gemeindesteuersatzes, beispielsweise 24 %, oder insgesamt 36,01 % von 50.000 DKK von der Steuerschuld abgezogen werden, was effektiv bedeutet, dass die ersten 50.000 DKK nicht besteuert werden.

Der Gemeindesteuersatz variiert im Jahr 2025 zwischen 23,5 % (Kopenhagen) und 26,3 % (11 Gemeinden, darunter Langeland, Odsherred und Lolland, die allgemein als die ärmsten bekannt sind). Die Gemeinden können den Steuersatz selbst festlegen, es gibt zumindest formal keine Bandbreite. Wie beschrieben besteht jedoch im Jahr 2025 ein Unterschied von lediglich 2,8 Prozentpunkten zwischen den am niedrigsten und den am höchsten besteuerten Gemeinden.

Die Bürger erhalten ihre Steuerrechnung als eine einzige Rechnung. Darin enthalten sind zwei Arten von **Grundsteuern**: die Grundsteuer und die Grundrente. Die Grundsteuer fließt an den Staat. Sie wird auf den Gesamtwert der Immobilie (einschließlich des Grundstücks) berechnet. Es gibt einen Freibetrag von 20 % des Gesamtwertes, und auf den Rest werden jährlich 0,55 % gezahlt. Für Immobilien über einem Wert von 9,2 Mio. DKK werden 1,4 % für den Teil über diesem Betrag gezahlt. Um sicherzustellen, dass sich ihre Belastung durch die neuen Immobilienbewertungen nicht erhöht, kann dieser Satz durch einen Sonderrabatt reduziert werden, jedoch nur für Eigentümer:innen vor 2024. Die Grundrente geht an die Gemeinden. Sie beträgt mindestens ein Promille des Grundstückswerts abzüglich der ersten 20 % und variiert zwischen 3,1 0/00 (Frederiksberg/Großraum Kopenhagen) und 17,7 0/00 in Varde in Westjütland. Für den Zeitraum 2024–2028 wurde eine Obergrenze für die Bewertungen festgelegt, um einen Schock für die Grundstückseigentümer:innen zu vermeiden. Die Grundsteuer bringt geringere Einnahmen als die Grundrente, nämlich 14,4 Mrd. DKK gegenüber 23,2 Mrd. DKK im Jahr 2024 und 13,8 Mrd. DKK gegenüber geschätzten 24,1 Mrd. DKK im Jahr 2025.

Progressive Besteuerung. Eine Person, die im Jahr 2025 ein Einkommen von mehr als 611.800 DKK (eine Erhöhung gegenüber 588.900 DKK im Jahr 2024) nach Abzug des Arbeitsmarktbeitrags erzielt, muss zusätzlich 15 % des Einkommens über dem Grenzwert zahlen. Niemand kann jedoch mit mehr als 52,07 % seines Einkommens besteuert werden. Dieser Satz wird im nächsten Jahr auf 44,57 % gesenkt. Einige Steuern werden jedoch nicht in die Berechnung für 2026 einbezogen. Ab dem nächsten Jahr wird für Einkommen über 2,592 Millionen DKK nach Abzug des Arbeitsmarktbeitrags eine Spitzensteuer erhoben, und die Spitzensteuer wird etwas gesenkt. Die Obergrenze von 44,57 % bedeutet trotz ihrer geringfügigen Änderungen wahrscheinlich, dass nur sehr wenige Menschen in der Kategorie der hohen Einkommen im Jahr 2026 mehr zahlen werden als jetzt. All dies sind staatliche Steuern.

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Soziale Vereinbarungen und andere Arbeitsmarktbeiträge und Sozialversicherungen: Dänemark hat nicht viele Sozialversicherungssysteme, und diese haben keinen direkten Einfluss auf die kommunalen Finanzen. Das beste Beispiel hierfür ist die Arbeitslosenversicherung. Obwohl sie nicht obligatorisch ist, unterliegt sie strengen Vorschriften und wird vom Staat unterstützt. Tatsächlich ist die ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung gesetzlich festgelegt, ebenso wie die Dauer des Leistungsbezugs eine politische Frage ist. Derzeit erhält eine versicherte und arbeitslose Person maximal zwei Jahre lang Leistungen. Während dieses Zeitraums muss der/die Versicherte für den Arbeitsmarkt verfügbar sein und aktiv nach Arbeit suchen. Das System wird von 22 sogenannten Arbeitslosenkassen (A-kasser) verwaltet, die Beiträge von ihren Mitgliedern erheben. Einige bieten gegen Aufpreis zusätzliche Dienstleistungen oder Leistungen an. Nach zwei Jahren erhält der/die Arbeitslose keine Arbeitslosenunterstützung mehr, sondern kann stattdessen Geldtransfers (kontanthjælp) erhalten, die früher recht großzügig waren, bis die Transferzahlungen für die niedrigste Kategorie im Jahr 2025 stark gekürzt wurden (siehe unten unter Abschnitt 6). Die Geldtransfers werden größtenteils von der Zentralregierung übernommen, aber die Gemeinden verwalten die Bewertung und können zusätzliche Leistungen genehmigen. Private Arbeitslosenversicherungen sind auf dem Vormarsch.

Mitglieder der Dänischen Volkskirche (lutherisch-evangelisch) zahlen außerdem eine **Kirchensteuer**, die von Gemeinde zu Gemeinde zwischen 0,39 % (Gentofte, reiche Vorstadtgemeinde im Großraum Kopenhagen) und 1,3 % (Læsø, kleinste Gemeinde mit knapp 2000 Einwohnern) variiert, wobei der Durchschnitt bei 0,87 % liegt. Die Kirchensteuer deckt nicht alle Ausgaben der Dänischen Volkskirche. Sie wird lokal ausgegeben, aber ein Teil der von den Gemeinden erhobenen Kirchensteuer (etwa 15 %) wird einem gemeinsamen Fonds zugeführt. Im Jahr 2022 beliefen sich die lokalen Ausgaben für Kirchen insgesamt auf 7,2 Mrd. DKK. Der gemeinsame Fonds zahlte etwa 1 Mrd. DKK aus, und der Staat stockte diesen Betrag um fast 1 Mrd. DKK auf, hauptsächlich für die Gehälter der Geistlichen (40 %), der Rest wurde aus dem gemeinsamen Fonds gedeckt. Die Kirchensteuer ist nicht Teil der konsolidierten öffentlichen Finanzen, sondern wird eher als Mitgliedsbeitrag betrachtet, obwohl sie über den Steuerbescheid gezahlt wird.

Die Unternehmenssteuern werden mit den Gemeinden geteilt. 14,24 % der Unternehmenssteuern werden den Gemeinden zugewiesen, in denen die Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit ausüben. Dies führt zu erheblichen Unterschieden in der Finanzierung zwischen den Gemeinden, siehe weiter unten unter „Ausgleich“. Aus den Gesamtunternehmenssteuern in Tabelle 08.6 geht hervor, dass sie den Gemeinden 17,2 Mrd. DKK einbringen sollten. In der Praxis beläuft sich der Betrag auf etwa 13-14 Mrd. DKK.

Der Staat gewährt den Gemeinden einen sogenannten **Blockzuschuss** (84,4 Mrd. DKK im Jahr 2025), von dem ein Teil für Gemeinden in schwierigen Verhältnissen, Inselgemeinden oder abgelegene (äußere) Gebiete bestimmt ist, der größte Teil jedoch entsprechend ihrer Einwohnerzahl an alle Gemeinden verteilt wird. Der Blockzuschuss wirkt also auch als bedarfsorientierter Finanzausgleich zwischen

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

den Gemeinden. Darüber hinaus werden jedes Jahr mehrere spezifische Subventionen gewährt (20 im Jahr 2025), unter anderem zur Verringerung der Einsamkeit älterer Menschen und zur Verbesserung der Qualität der Altenpflege. Diese Subventionen sind vielleicht nicht mit Wahlgewinnen gleichzusetzen, aber einige davon sind eindeutig Maßnahmen, die Politiker vorschlagen, um ihr Profil als Menschen, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, zu verbessern. Insgesamt 15 „benachteiligte“ Gemeinden in der Hauptstadtregion profitieren von einer Sonderbeihilfe, die andererseits durch Umverteilung von den reicheren Gemeinden innerhalb der Region finanziert wird.

Das **Ausgleichssystem** ist komplex. Es gibt ein allgemeines System, das auf der Differenz der Ausgabenbedürfnisse zum Durchschnitt basiert. Diejenigen, die einen höheren Bedarf haben, erhalten 93 % der Differenz zum Durchschnitt, und diejenigen mit besonderen Bedürfnissen erhalten 2 % mehr. Diejenigen mit geringerem Bedarf zahlen 93 % der Differenz an andere Gemeinden, bezogen auf den Bevölkerungsanteil der Gemeinde. Es gibt Regeln zur Ermittlung des Bedarfs auf der Grundlage des Altersprofils und sozioökonomischer Faktoren. Darüber hinaus gibt es einen Ausgleichsmechanismus für die Steuerbemessungsgrundlage. Insgesamt werden im Rahmen des allgemeinen Systems im Jahr 2025 24,4 Mrd. DKK umverteilt. Die Unternehmenssteuern werden zu 50 % der Einnahmen pro Einwohner, die über dem nationalen Durchschnitt liegen, ausgeglichen und an diejenigen übertragen, die weniger als den nationalen Durchschnitt verdienen. Allerdings gibt es eine Obergrenze für diese Übertragung, was den reicheren Gemeinden zugute kommt.

Die Gemeinden erheben eine **Sondersteuer auf gewerbliche und öffentliche Immobilien**, die wörtlich übersetzt „Deckungsbeitrag“ heißt (dækningsbidrag). Diese wird ebenfalls bis zu einem gewissen Grad ausgeglichen. Darüber hinaus erhalten Gemeinden mit einer hohen Zahl von Flüchtlingen und Einwanderern, die seit weniger als 10 Jahren im Land leben, eine zusätzliche Subvention von anderen Gemeinden. Damit sollen zusätzliche Bildungs- und Gesundheitsbedürfnisse gedeckt werden.

Der Arbeitsmarkt und die Sozialrenten werden gefördert, was bedeutet, dass Arbeitnehmer:innen über ihren Arbeitsplatz in einen **Rentenfonds** einzahlen. Dies ist Teil der Arbeitsmarktverhandlungen, und auch die Arbeitgeber leisten Beiträge. Dänemark hat eine staatliche Grundrente, auf die Einwohner allein aufgrund der Tatsache Anspruch haben, dass sie zwischen 15 und 65 Jahren legal in Dänemark gelebt haben. Wer 40 Jahre im Land gelebt hat, erhält die volle Rente. Bei einer kürzeren Aufenthaltsdauer in Dänemark wird die Rente proportional gekürzt. Ausländer müssen mindestens zehn Jahre innerhalb der Altersgruppen gelebt haben, um anspruchsberechtigt zu sein.

Verbrauchssteuern, Mehrwertsteuer (25 %) und verschiedene Abgaben fließen an die Zentralregierung.

Vertrauen in die Politik in Dänemark

Dänemark tut viel, um die Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen. Die Bürger haben erheblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen selbst oder in der Schnittstelle zur Zentralregierung.

Das Vertrauen der dänischen Bürger ist daher generell hoch – viel höher als in Deutschland, wenn auch unterschiedlich. Im Durchschnitt antwortet knapp die Hälfte zustimmend auf die These: *Ich habe generell Vertrauen in die kommunalen Politiker:innen, die in meiner Kommune gewählt sind.*

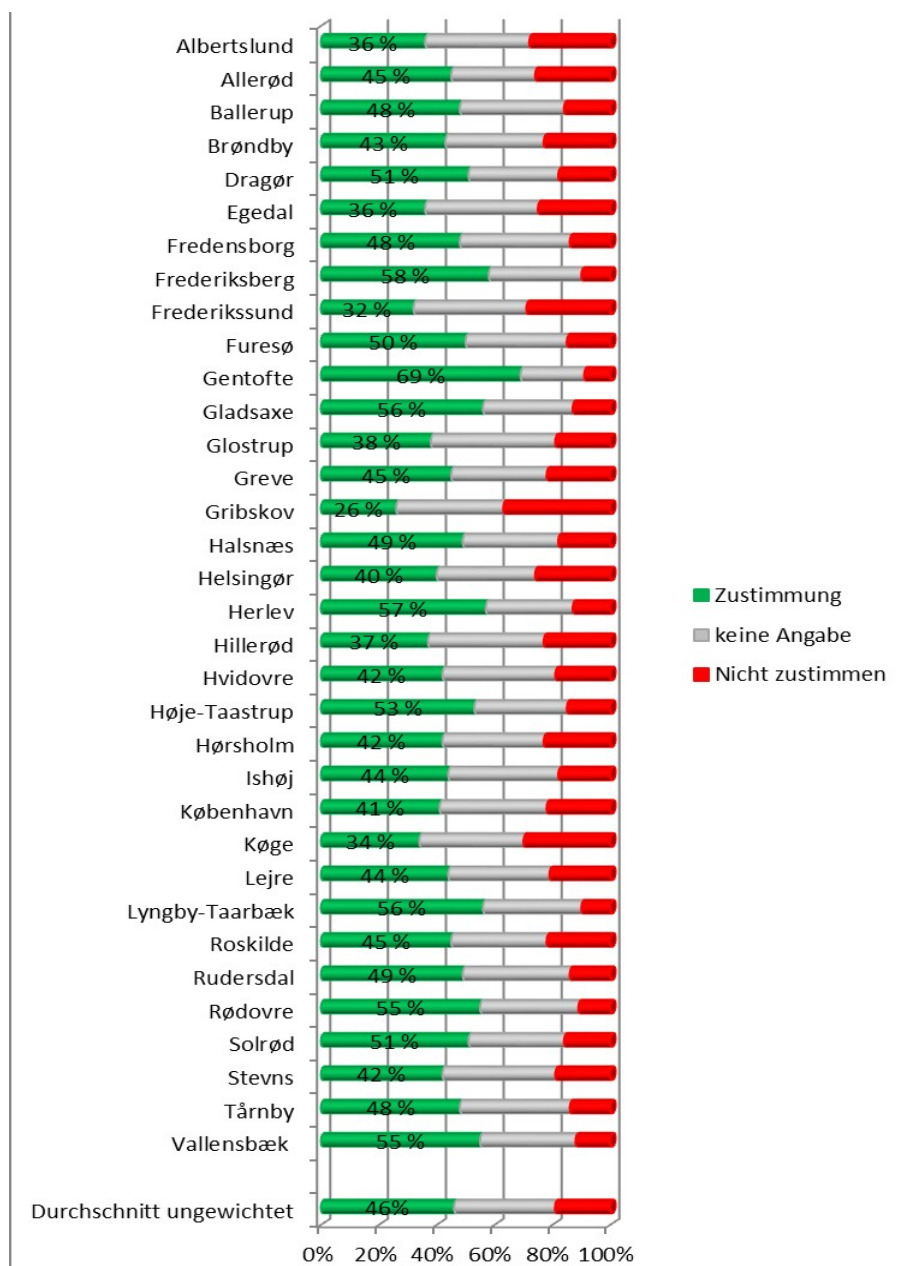


Abbildung 08.7: Vertrauen in die Lokalpolitiker in DK 2025 (/26/)

Starke Kommunen – das Herz der Demokratie schlägt vor Ort

Wie in Deutschland ist das Vertrauen in Lokalpolitiker:innen in Dänemark höher als das der Regional oder Bundespolitiker:innen. Im Gegensatz zu Deutschland hat es sich in den vergangenen 9 Jahren verbessert, siehe Bild 08.8.

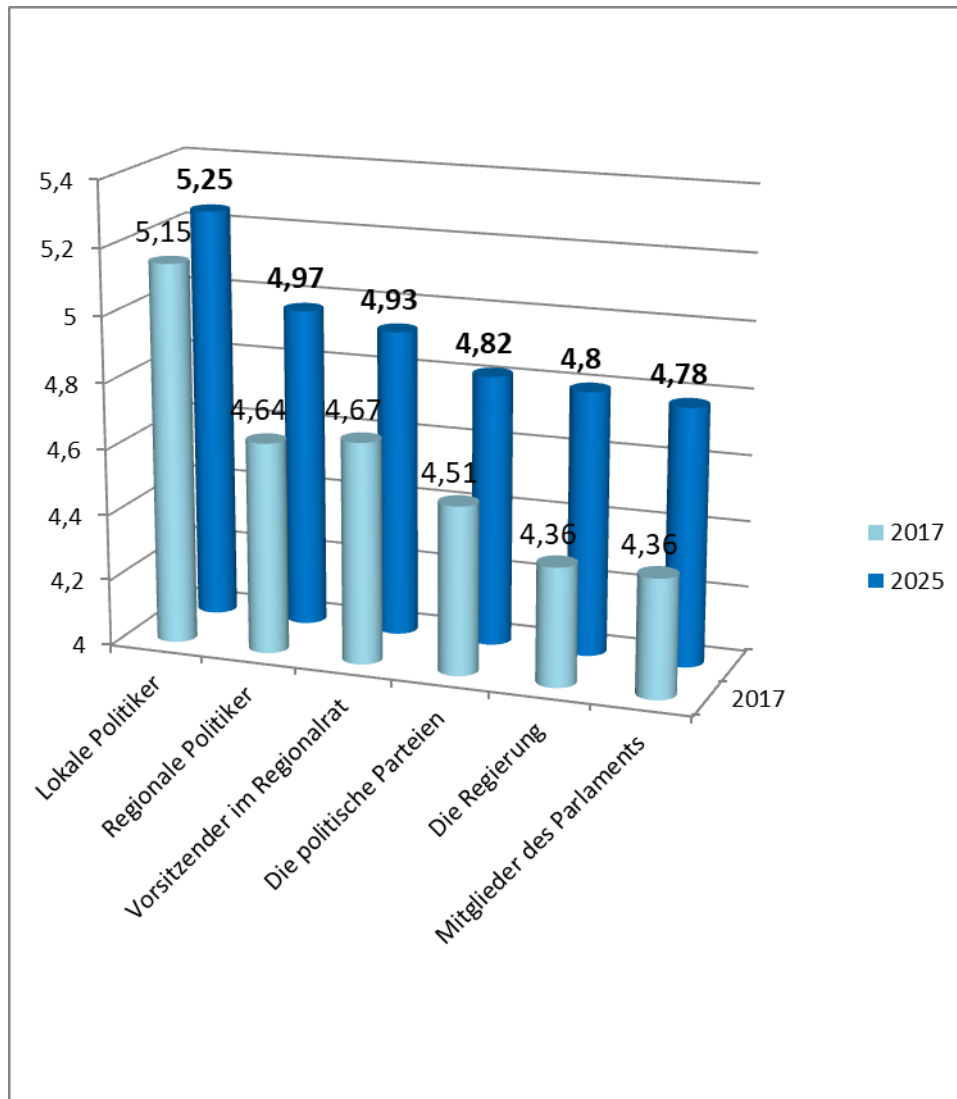


Abbildung 08.8: Vertrauen in die Politiker nach Gebietskörperschaften in DK 2017 und 2025 (/26/) – 1-10 Punkte von ‚kein Vertrauen‘ bis ‚volles Vertrauen‘

Quellenverzeichnis

- / 27/ Danmarks Statistik, 'Stor variation i betalingen af grundskyld i 2024' (Great variation in the payment of ground rent in 2024).
- / 28/ Danmark Ministry of Economic Affairs, Økonomisk redegørelse (Economic Survey), May 2025.
- / 29/ Übersicht kommunale Unternehmen Kopenhagen

